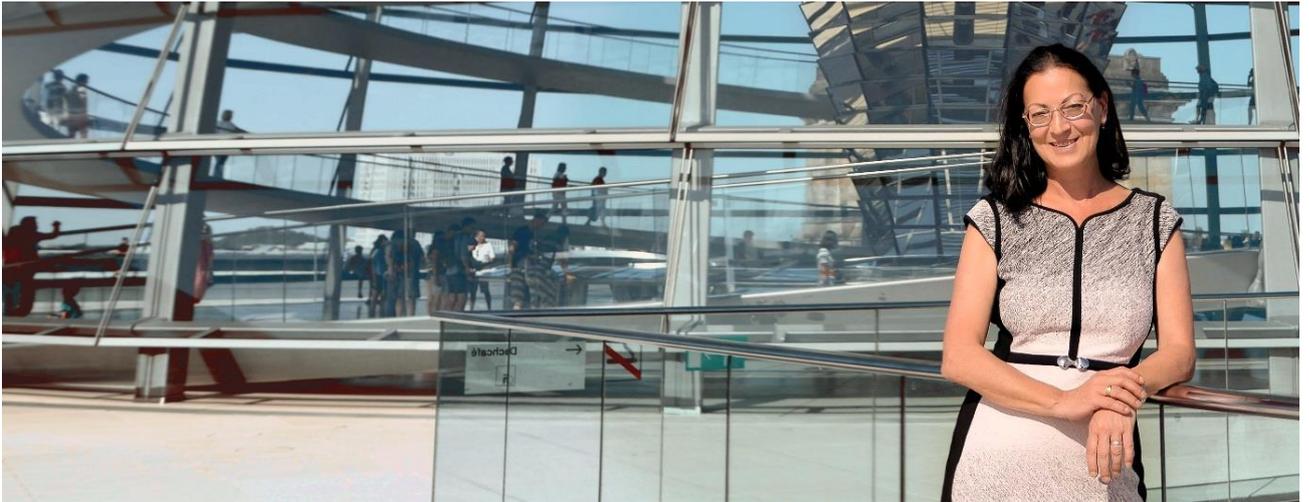


NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND



In den vergangenen dreieinhalb Jahren waren es wir als SPD-Bundestagsfraktion, die für Fortschritt gesorgt haben und das Land sicher durch die Corona-Krise gesteuert haben: Wir haben Millionen Jobs gesichert, die Wirtschaft stabilisiert – mit dem krisenerprobten Kurzarbeitergeld, mit milliarden schweren Hilfspaketen und einem Konjunkturprogramm auf Rekordniveau. Wir haben mit einem Klimaschutzprogramm die Tür zur klimaneutralen Gesellschaft weit geöffnet – und zwar so, dass die Treibhausgasreduktion nicht auf Kosten derjenigen geht, die ohnehin schon weniger haben. Wir haben die Grundrente eingeführt, für höhere Löhne in den Pflegeberufen gesorgt und vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlastet, indem wir etwa den Soli für 90 Prozent der Beschäftigten abgeschafft haben. Wir haben die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestärkt, schlechte Arbeitsverhältnisse verboten, den Familien unter die Arme gegriffen. Bei all dem ging es uns immer um den Respekt vor jedem und jeder Einzelnen. Das alles haben wir geschafft – oft gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU. Wir wissen, dass der soziale Fortschritt für unser Land und die Menschen nicht von allein kommt. Und auch in der letzten Sitzungswoche haben wir wichtige Vorhaben zum Abschluss gebracht, mehr dazu in diesem Newsletter.

Viel Freude beim Lesen

JETZT IST DER FREISTAAT AM ZUG

BAULANDMOBILISIERUNGSGESETZ IN KRAFT

Nach der Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten und die Bekanntmachung trat am Mittwoch das Baulandmobilisierungsgesetz in Kraft. Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht, jetzt ist der Freistaat in der Pflicht. An ihm liegt es per Rechtsverordnung die Anwendung in Bayern auszugestalten. Doch die Aussichten sind düster: Die Vertreter*innen der CSU und Freien Wählern haben im Bau-

JUNI 2021

ausschuss des Bayerischen Landtags bereits einen Antrag der SPD zur raschen Umsetzung in Landesrecht abgelehnt. Ich fordere die bayerische Landesregierung auf, die notwendigen Rechtsverordnungen umgehend auf den Weg zu bringen, damit unsere Kommunen den vollen Umfang der geschärften Instrumente des Baurechts nutzen können. Nur dann können wir in München bezahlbarer und schneller bauen und Mieter*innen besser vor Verdrängung schützen.

Mehr dazu

UMFANGREICHES PAKET AN BESCHLÜSSEN

KLIMASCHUTZ SOZIAL UND VERBINDLICH GESTALTEN

*Diese Sitzungswoche haben wir umfangreiche Beschlüsse gefasst, die Deutschlands Weg in eine klimaneutrale Zukunft eben sollen. Wir haben intensiv mit unserem Koalitionspartner die letzten offenen Punkte im Bereich der Klima- und Energiepolitik verhandelt. Dabei wurde klar: Viele dringend notwendige Beschlüsse sind mit CDU und CSU nicht zu machen. Gerade in der Klimapolitik hat die Union keine Antworten – im Gegenteil. An Schlüsselpositionen haben Politiker gesessen, die jeden Fortschritt verhindert haben. Wir dagegen wollen wir eine Klimapolitik machen, die mit Zukunftsoptimismus Chancen eröffnet. Wir wollen neue Technologien, wirtschaftliche Entwicklung und neue Jobs mit dem Klimaschutz zusammenbringen. Wir haben mit unserem Programm einen klaren Plan vorgelegt, es liegt nun an den Wähler*innen darüber zu entscheiden.*

Änderung des Klimaschutzgesetzes

Diese Woche haben wir im Bundestag das Klimaschutzgesetz neu gefasst. Die Einführung des Gesetzes 2019 als eine der ersten gesetzlichen verbindlichen Klimaregelungen weltweit war ein großer Erfolg der SPD und hart erkämpft. Wir haben damit klare Ziele festgelegt und einen Mechanismus, die Einhaltung regelmäßig zu überprüfen, eingeführt. Schon damals haben wir mehr gewollt – und sind leider auf taube Ohren bei der Union gestoßen. Mittlerweile hat sich die Europäische Union unter Federführung des sozialdemokratischen Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans ehrgeizigere Einsparziele gegeben und hat das Bundesverfassungsgericht die Position der SPD bestätigt, auch für die Zeit nach 2030 bereits jetzt konkrete Maßnahmen festzulegen.

Vizekanzler Olaf Scholz und Umweltministerin Svenja Schulze haben daraufhin zügig Eckpunkte für die Änderung des Klimaschutzgesetzes vorgelegt und die Verhandlungen mit Union und Grünen eröffnet. Mit der Neufassung des Gesetzes ebnen wir nun den Weg in ein klimaneutrales Deutschland im Jahr 2045. Dafür ist bis 2030 eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 65 % im Vergleich zu 1990 und bis 2040 um 88 % nötig.

Mehr dazu

Klimaschutz Sofortprogramm 2022

Parallel zum novellierten Klimaschutzgesetz hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz in Zusammenarbeit mit den Fachressorts ein Klimaschutz-Sofortprogramm 2022 erarbeitet, das die Bundesregierung diese Woche beschlossen hat. Insgesamt stellt Olaf Scholz dafür 8 Mrd. Euro bereit. Diese Mittel kommen zu den über 80 Mrd. Euro hinzu, die in den vergangenen zwei Jahren im Rahmen von Klimaschutz- und Konjunkturprogramm für Klimaschutz bereitgestellt wurden. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf den Bereichen, in denen die Herausforderungen am größten sind: Gebäude, Industrie und Verkehr.

Gebäude: Mit 5,5 Milliarden Euro stockt Olaf Scholz bis 2025 die Förderung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden und den klimafreundlichen Neubau oder die Sanierung von Sozialwohnungen auf. Weil lokale Wärmenetze entscheidend für die Wärmewende vor Ort sind, erhöhen wir auch die Mittel für deren Ausbau.

Industrie: 860 Mio. Euro sind zusätzlich für Umbau der Industrie eingeplant. Dazu zählt ein Investitionsförderprogramm für die Stahlindustrie zur Umstellung auf Wasserstoff. Schließlich wird ein Zertifizierungssystem entwickelt, mit dem der CO₂-Fußabdruck von Gütern vergleichbar wird.

Verkehr: Über eine Milliarde Euro sieht das Programm vor für neue Radwege, die Digitalisierung der Schienenwege, neue Schnelladestationen in Quartieren und klimafreundliche Schifffahrt.

Mehr dazu

Förderung erneuerbarer Energien

Auf dem Weg zur Klimaneutralität ist es entscheidend die Erneuerbaren Energien massiv auszubauen – für mehr E-Autos, mehr elektrisch betriebene Wärmepumpen und eine Industrie, die mit Strom statt mit fossiler Energie arbeitet. Wer, wie Wirtschaftsminister Peter Altmaier, behauptet, dass der Stromverbrauch bis 2030 gleichbleibe, belügt sich selbst und das Land. Vizekanzler Olaf Scholz dagegen hat einen Mehrbedarf von rund 10 Terrawattstunden Strom jährlich errechnet, in etwa der jährliche Verbrauch einer Großstadt wie Hamburg.

Wir haben daher diese Woche ein Gesetz beschlossen, das die Zulassungsverfahren von Anlagen vereinfacht, und der Verordnung zur Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021 zugestimmt. Für Photovoltaik haben wir mit rund 8,5 GW das jährliche Ausbauvolumen in dieser Legislaturperiode nahezu verfünffacht und haben erreicht, dass Kommunen künftig finanziell an Freiflächenanlagen beteiligt werden. Für Windkraft an Land konnten wir die Ausschreibungsmenge für 2022 auf 4 GW erhöhen und machen beispielsweise das Repowering, die Modernisierung einer bestehenden Anlage, leichter möglich. Gerade der Zubau bei der Windkraft stockt nämlich. So wurden im einzigen grüngeführten Bundesland, in Baden-Württemberg, im vergangenen Jahr lediglich zwölf neue Windräder gebaut. In Bayern waren es acht. Obwohl Grüne und CSU zwar gerne von Klimaschutz sprechen, sind sie wohl andererseits nicht bereit, ausreichend Flächen für Windräder auszuweisen und in die Diskussion um Genehmigungen zu gehen auch gegen Widerstand von Initiativen vor Ort.

Mehr dazu

Startschuss für die Wasserstoff-Infrastruktur

Wir haben außerdem die gesetzlichen Weichen für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur gestellt. So kann die Errichtung eines Wasserstoff-Starternetz in Angriff genommen werden. Eine Übergangsregulierung ermöglicht die Umrüstung von Erdgas- auf Wasserstoffleitungen. Das Gelingen der Energiewende und die Transformation unserer Wirtschaft hängen maßgeblich auch von einem erfolgreichen Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft ab.

Mehr dazu

Ausgestaltung des CO2-Preies

Wir haben bis zuletzt intensiv für eine faire Verteilung der CO2-Preisbelastung zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen gestritten. Trotz gegenteiliger Bekundungen der Unionsminister und eindeutiger Beschlüsse des Kabinetts wird es nun **keine faire Aufteilung der Mehrkosten beim Heizen durch die CO2-Bepreisung** geben. Innerhalb der Union haben sich die Immobilienlobbyist*innen durchgesetzt. Sozial gerechten Klimaschutz gibt es nur mit der Sozialdemokratie.

Die Grünen fordern plötzlich, den CO2-Preis auf 60 Euro zu erhöhen und die Höhe dann schneller ansteigen zu lassen, obwohl sie vor gerade einmal 18 Monaten die jetzige Regelung mitbeschlossen haben. Unser Weg dagegen ist ein moderater, kontinuierlicher Anstieg, damit die Bürger*innen die Möglichkeit haben, auf klimafreundlichere Alternativen umzusteigen. Andernfalls machen wir Energie nur teuer, ohne jede Lenkungswirkung zu erzielen. Wenn die Grünen dagegen ein Energiegeld als Ausgleich ins Feld führen, verschweigen sie dabei, dass sie gar keinen Weg wissen, wie sie das zeitnah auszahlen können wollen. Ein bürokratisch aufwendiges Energiegeld ist technisch gar nicht so einfach. **Über die Abschaffung der EEG-Umlage den Strom günstiger zu machen, wie es Olaf Scholz plant, ist sozialer, verlässlicher und effektiver.**

Für Unternehmen, die mit ihren Produkten in besonderer Weise dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, kann die gemeinsam mit CDU, CSU und den Grünen vereinbarte CO2-Bepreisung zum Problem werden, wenn sie die zusätzlichen Kosten nicht über die Produktpreise abwälzen können. In diesen Fällen besteht die Gefahr, dass die Produktion betroffener Unternehmen infolge CO2-Preis-bedingter Wettbewerbsnachteile ins Ausland abwandert und dort möglicherweise zu insgesamt höheren Emissionen führt (sogenanntes „Carbon-Leakage“). Um das zu verhindern, haben wir diese Woche eine Verordnung beschlossen. Als Gegenleistung für die Kompensation müssen die betroffenen Unternehmen ab 2023 ein Energiemanagement etablieren und Energieeffizienzmaßnahmen durchführen.

Mehr dazu

TERMINHINWEIS

ONLINE-VERANSTALTUNG ZU KLIMASCHUTZ

Für **Dienstag, 27. Juli**, ab 18 Uhr konnte ich unseren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. **Matthias Miersch**, MdB für eine Online-Diskussion über den sozialdemokratischen Weg in eine klimaneutrale Zukunft gewinnen. Denn für mehr Klimaschutz plädieren derzeit viele, die entscheidende Frage ist konkret die Ausgestaltung. Einwahldaten und nähere Informationen dazu folgen.

WEITERE CORONA-HILFEN

MITTEL FÜR ÖPNV AUFGESTOCKT

Der Öffentliche Personennahverkehr ist Aufgabe der Daseinsvorsorge und daher stellen wir als Bund auf Grundlage des Regionalisierungsgesetzes den Ländern jährlich Mittel zur Verfügung, um ein attraktives Angebot im ÖPNV zu sichern und auszubauen. Um die Corona-bedingten Einnahmeausfälle im Öffentlichen Personennahverkehr aufzufangen, haben wir bereits im vergangenen Jahr die Mittel um zusätzliche 2,5 Milliarden erhöht. Diese Woche haben wir beschlossen, noch einmal eine Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Die Länder müssen dafür ihren hälftigen Anteil an der Finanzierung nachweisen, denn die Zuständigkeit für die Finanzierung des ÖPNV liegt grundsätzlich bei ihnen.

Mehr dazu

PERSPEKTIVEN FÜR LEBENDIGE ZENTREN

ZUKUNFT DER INNENSTÄDTE

Corona und seine Auswirkungen werden das Gesicht unserer Innenstädte maßgeblich verändern. Die Herausforderungen, vor denen die Städte und Gemeinden stehen, sind zwar nicht neu, aber nun beschleunigen sich bereits laufende Veränderungsprozesse. Wir haben daher auf unseren Antrag hin als Bundestag die Regierung aufgefordert, umgehend eine Innenstadt-Strategie zu erarbeiten. Dazu soll sie Fördermaßnahmen bündeln und einen Aktionsplan nachhaltige Innenstadt auflegen. Auch die Höhe der Städtebauförderung, die dieses Jahr ihr 50. Jubiläum feiern kann, ist an den bestehenden und künftigen Handlungsbedarfen auszurichten. Gerade das Programm „Lebendige Zentren“ wollen wir um innovative Maßnahmen für eine urbane Nutzungsvielfalt ergänzen. Unsere Städte sollen als multifunktionale Orte für Wohnen, Arbeiten und Erholung, Kultur und Gastgewerbe sowie Einzelhandel gestärkt werden. Außerdem wollen wir noch im Sommer die sogenannte TA Lärm ändern, um Lärmschutzkonflikte zwischen den verschiedenen Nutzungen in der Stadt, zum Beispiel bei heranrückender Wohnbebauung, zu entschärfen.

*Zum Beschluss***CLAUDIA TAUSEND MDB**

*stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales*

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de



**Soziale
Politik für
Dich.**